

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

26.08.2024

# Inhalt

## EWN

1   <b>„Bis Mitte des Jahrhunderts können wir ein Endlager finden“</b> <i>TAGESSPIEGEL, 24.08.2024</i> .....	3
2   <b>“Unsere Endlager-Ansprüche sind deutlich höher als in Finnland”</b> <i>n-tv.de, 23.08.2024</i> .....	7

## „Bis Mitte des Jahrhunderts können wir ein Endlager finden“

*Die Bundesumweltministerin Steffi Lemke über Gasbohrungen vor Borkum, die Wahlen im Osten und die Herkulesaufgabe Atommüll*

**Frau Lemke, haben Sie sich schon auf dem Arbeitsmarkt umgeschaut, was Sie nach der „Übergangskoalition“, wie Grünen-Chef Omid Nouripour die Ampel genannt hat, machen könnten?**

Ich kann den Frust von Omid Nouripour nachvollziehen. Wir haben immer wieder schwierige Abstimmungen in der Koalition, bei denen unsere Positionen sehr weit auseinandergehen. Es kostet sehr viel Kraft, diese zusammenzubringen. Trotzdem gelingt uns das immer wieder.

**Nouripour hat erklärt, die Koalition komme an ihre Grenzen. Was ist für Sie als Umweltministerin noch möglich?**

Ich habe einen vollen Arbeitsplan für die kommenden Monate. Das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz muss fortgesetzt werden, wir arbeiten an der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie, bringen den Meeresschutz voran, Abfallgesetze werden erneuert. Und international verhandeln wir ein Abkommen zur Reduzierung von Plastikmüll.

**Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat jüngst geurteilt, dass die Bundesregierung zu wenig beim natürlichen Klimaschutz tut. Es entsteht der Eindruck, dass die Ampel von der Justiz zum Handeln gezwungen wird.**

Ich war sehr froh über dieses Urteil. Natürlicher Klimaschutz ist eine Win-Win-Situation: Wir stärken und schützen unsere Natur, damit sie mehr CO<sub>2</sub> bindet, mehr Wasser speichert und die Artenvielfalt fördert. Ich habe vor zweieinhalb Jahren das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz auf den Weg gebracht. So etwas gab es früher gar nicht. Erst die jetzige Bundesregierung hat ein umfassendes Programm aufgelegt, das in den aktuellen Haushaltsverhandlungen erneut bestätigt wurde.

**Das reicht dem Gericht aber offensichtlich nicht aus.**

Mir auch nicht. Wir haben aber begonnen, das aufzuholen, was zu lang überhaupt nicht angefasst wurde. Das Aktionsprogramm kommt ja jetzt erst so richtig in Schwung. In den kommenden Jahren werden wir vermehrt Moore wiedervernässen, Auen und Meere renaturieren und in den Schutz von Wäldern und Böden investieren. Bis 2028 stellen wir dafür gut 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Das hat sich noch nicht in der Bilanz des Gerichts widerspiegeln können.

**CDU-Chef Friedrich Merz will Umweltverbände und ihre Klagerechte zurückdrängen, damit Verfahren schneller werden. Wie bewerten Sie das?**

Eine lebendige Zivilgesellschaft ist existentiell für unsere Demokratie. Verbände leisten einen wichtigen Beitrag zum demokratischen Diskurs, ob es nun Wirtschaftsverbände sind oder Umweltverbände, die sich für eine intakte Natur einsetzen. Starke Klagerechte mögen Friedrich Merz nerven, aber sie sind in einem Rechtsstaat ein geschütztes und wertvolles Gut.

**Im Montreal-Abkommen von 2022 hat sich Deutschland dazu verpflichtet, 30 Prozent der Land- und Meeresflächen unter Naturschutz zu stellen. Bislang stehen aber nur 6,5 Prozent der Flächen in Deutschland unter strengem Naturschutz. Sind die Ziele unrealistisch?**

Die Ziele sind richtig und erfüllbar. Bereits heute stehen 43 Prozent der deutschen Meeresfläche unter Naturschutz. Wir müssen aber die Qualität des Schutzes noch deutlich verbessern. Das machen wir zum Beispiel mit dem Sofortprogramm zur Beseitigung von Munitionsaltlasten aus zwei Weltkriegen. An Land stehen 30 Prozent der Fläche unter Schutz, wenn man alle Schutzkategorien zusammenzählt. Allerdings reicht auch hier das Schutzniveau nicht überall aus, zum Beispiel in Landschaftsschutzgebieten.

**Wie passt es damit zusammen, dass vor der Küste Borkums mitten im Welterbe Wattenmeer ein neues Gasfeld angebohrt werden soll?**

Meiner Ansicht nach verträgt sich eine Gasbohrung nicht mit den Schutzziele unseres Nationalparks. Das Wattenmeer ist ein weltweit einmaliges Juwel. Ich hoffe, dass die Förderung eines niederländischen Unternehmens dort nicht stattfinden wird. Ich bin mir sicher, die Gerichte werden die Genehmigung des Landes Niedersachsen sehr genau überprüfen.

**Zu einer Jahrhundertaufgabe könnte die Suche nach einem Atom-Endlager werden. Ein Gutachten des Öko-Instituts im Auftrag des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung kommt zum Schluss, dass die Suche noch bis 2074 dauern könnte. Was ist an der Suche so schwierig?**

Wir haben Atomenergie wenige Jahrzehnte lang genutzt und werden noch zehntausende Jahre den Müll davon sicher verwahren müssen. Das ist eine Herkulesaufgabe. Wir brauchen aber früher als 2074 Klarheit. Bis Mitte des Jahrhunderts müssen und können wir ein Endlager finden. Das sind wir auch den Menschen in den Orten mit Zwischenlagern schuldig.

**Laut Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung kommen 54 Prozent Deutschlands potenziell infrage, selbst Spandau oder Reinickendorf. Führt der Ansatz, das Endlager nach streng geologischen Erkenntnissen zu finden, zu einer Endlos-Suche?**

Nein. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Der Fehler der Vergangenheit war ja, einen politisch gesetzten Standort durchdrücken zu wollen. Das hat nicht funktioniert. Deshalb bietet allein Wissenschaftlichkeit die Grundlage für Akzeptanz. Und auch Sicherheit, Transparenz und Beteiligung bleiben bei der Endlagersuche weiter wichtig.

**Können Sie schon jetzt Entwarnung für Spandau und Reinickendorf geben?**

Heute befindet sich nach einem ersten groben Ausschluss noch über die Hälfte der Republik im Verfahren. Dieses Verfahren hat der Bundestag 2017 per Gesetz beschlossen. Bis zum Ende 2027 werden jetzt die konkreten Regionen benannt, die näher untersucht werden sollen. Ich erwarte aber, dass die BGE-Experten bereits deutlich früher für Klarheit sorgen und weite Teile der Republik ausschließen werden.

**Den Umweltschutz stellen die Grünen bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg Naturschutz in den Mittelpunkt, obwohl zuletzt die Themen Frieden, soziale Sicherheit und Einwanderung für viele Menschen wahlentscheidend waren. Wie viele Ostdeutsche kann man mit Umweltschutz begeistern?**

Natürlich sind auch den Menschen im Osten eine intakte Umwelt, reine Luft, sauberes Wasser und gesunde Wälder wichtig. Die Umweltbewegung in der DDR hat einen großen Beitrag für das Gelingen der Friedlichen Revolution geleistet.

**Sie waren Teil dieser Umweltbewegung. Wie erinnern Sie sich an diese Zeit?**

Ich bin in den späten 80er Jahren in Kontakt mit Umweltgruppen gekommen. Ein Schlüsselerlebnis meiner Kindheit war der Zustand der Mulde, die bei Dessau in die Elbe fließt. Ich habe dort als Kind häufig gespielt. Die Mulde war der Abwasserkanal für das Chemiedreieck Bitterfeld-Wolfen. Es wurden hochgiftige Stoffe eingeleitet. Dies hat fürchterlich gestunken, Schaumkämme trieben auf dem Wasser. Das hat mich tief geprägt und dazu gebracht, mich für die Umwelt zu engagieren.

**Haben Sie als Jugendliche gemerkt, dass Sie in einer Diktatur leben?**

Ja, definitiv. Wer sich für die Umwelt engagiert hat, wurde verfolgt, Umweltschützer verhaftet. Umweltdaten unterlagen der Geheimhaltung. Die Berliner Umweltbibliothek war ein Beobachtungsobjekt der Stasi. Dennoch wurde die Umweltbewegung stärker und organisierte Proteste. Heute kann man sich das alles nur noch schwer vorstellen.

**Wie sehr trifft es Sie, dass viele Ostdeutsche 35 Jahre später von einer Öko-Diktatur sprechen?**

Das ist ein Kampfbegriff, der gezielt von rechtsextremen und rechtspopulistischen Kreisen benutzt wird. Er soll Demokratien verunglimpfen, Diktaturen verharmlosen, eine bestimmte politische Richtung diskreditieren und zum Abschluss freigeben. Es ist eine extrem brutale Art des politischen Kampfes. Aber diese rechtsextreme Gefahr beschränkt sich nicht auf Ostdeutschland. Das findet auch im Westen, anderen europäischen Ländern und letztlich weltweit statt.

**Dennoch muss man festhalten, dass die Grünen in Ostdeutschland kaum gewählt, aber häufig angefeindet werden. Warum ist das so?**

Wir sind in drei von fünf ostdeutschen Landesregierungen vertreten. Und auch wenn außer Frage steht, dass wir Grüne Fehler gemacht haben, bleiben wir eine politische Kraft mit einem klaren Kompass. Wir setzen uns für Demokratie, Freiheit, den Schutz von Minderheiten und Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz ein. Dass der politische Gegner die Grünen als Zielscheibe benutzt, ist nichts Neues. Bereits meine Wahlkämpfe in den 90er Jahren waren von Angriffen begleitet.

tet. Durch die sozialen Medien wird das heute massiv verstärkt.

### **Laut einer Umfrage der Universität Leipzig lehnen mehr als 40 Prozent der Ostdeutschen die Demokratie ab, zwei Drittel halten politisches Engagement für sinnlos. Woher kommt das?**

Ich möchte mehr über jene Menschen sprechen, die sich in Ostdeutschland für Freiheit, Demokratie, Fortschritt und Gerechtigkeit einsetzen. Diejenigen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt organisieren, die etwas vor Ort auf die Beine stellen. Etwa über Bürgerinitiativen in Bautzen oder Chemnitz. Viele Menschen machen das auch alltäglich in ihrem privaten Umfeld.

### **Was sind die Ursachen der Politikverdrossenheit?**

Wir sehen weltweit, dass in Gebieten mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Anfälligkeit für Populisten oder Extremisten groß ist. Der Rust Belt in den USA ist ein Beispiel. In Landstrichen, wo die Biografien durch den Niedergang ganzer Industriezweige abgewertet werden, haben es Populisten oft leicht. Rechtsextremisten aus den alten Bundesländern sind ja auch deshalb ganz gezielt in den Osten gekommen. Rechtsextremismus ist kein ostdeutsches Phänomen.

### **Sie sehen vor allem wirtschaftliche Gründe, kulturelle Unterschiede spielen keine Rolle?**

Wirtschaftlich schwache Regionen gibt es auch im Westen, aber die historische Erfahrung ist eine andere. In den 90ern gab es in Ostdeutschland Massenarbeitslosigkeit und eine Abwanderungswelle. Die Hälfte meiner Generation ist weg, die Menschen treffe ich hier nicht mehr wieder. Es sind ja vor allem die jungen, gegangen – viele davon Frauen. Das verändert eine Region.

Diese Probleme sind von der westdeutschen Öffentlichkeit damals zu sehr ignoriert worden. Vielleicht ist das eine Erklärung, aber es ist keine Rechtfertigung dafür, Rechtsextremisten zu wählen, die ihrem Hass auf andere Menschen freien Lauf lassen möchten.

### **Haben Sie den Eindruck, dass Ihnen der Wert, aber auch die Fragilität der Demokratie bewusster ist als westdeutschen Politikern?**

Nach vielen Jahren muss ich diese Frage inzwischen teilweise mit Ja beantworten. Ich habe schon manchmal das Gefühl, dass einige Kollegen aus dem Westen Demokratie und Freiheit als etwas Selbstverständliches wahrnehmen. Für mich war Freiheit nie selbstverständlich, wir haben im Osten viel riskiert, um Frei-

heit und Demokratie zu gewinnen.

### **Befeuert der dauerhafte Ampel-Streit den Demokratieverdruss in Ostdeutschland?**

Dass das Handeln der Ampel oft schwierig ist und viele Menschen nervt, ist ja kein Geheimnis. Dabei vergessen mache gerne, dass die Große Koalition davor auch keine Harmonieveranstaltung war. Aber wenn man das Erstarren von Rechtsextremismus allein auf Fehler und Meinungsverschiedenheiten einer einzigen Regierung reduziert, verharmlost man ihn.

Das Bedrohen von Demokratien und Freiheitsrechten durch Rechtsextremismus ist ein weltweites Phänomen.

### **In Thüringen und Sachsen könnten alle drei Ampel-Parteien aus den Landtagen fliegen. Ist das Bündnis dann am Ende?**

Die ostdeutschen Wahlen sind eine große Herausforderung. Für die Menschen, die dort leben, und die Unternehmen im Osten. Wir sollten die Menschen wählen lassen und das Ergebnis nicht schon vorab analysieren.

### **In allen Umfragen führt die AfD. Rechnen Sie mit einer rechtsnationalen Wende?**

Nein. Ich bin fest davon überzeugt, dass der Mehrheit in unserem Land Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und der Schutz von Minderheiten viel zu wichtig sind, als sie an Rechtsextremisten zu verschleudern. Das haben auch hunderttausende Menschen gezeigt, die in den letzten Monaten dafür auf die Straße gegangen sind. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass sich diese Werte auf Dauer durchsetzen werden.

### **Schon seit 1989 verlassen vor allem junge Menschen, Frauen und Ausländer Ostdeutschland, weil sie dort keine Perspektive für sich sehen. Droht nach den Wahlen eine weitere Entvölkerung des Ostens?**

Die Wähler in Thüringen, Sachsen und Brandenburg müssen jetzt eine Entscheidung über ihre Zukunft treffen. Dort, wo die Rechtsextremen stark sind, hat dies ja schon Auswirkungen auf die Wirtschaft – mit Blick auf die Attraktivität der Region für Investoren und potenzielle Fachkräfte. Deshalb warnen ja viele Unternehmen vor der AfD und haben Sorge, dass vor allem hoch qualifizierte Fachkräfte Regionen mit starkem AfD-Anteil meiden werden.

### **Haben Sie schon mal darüber nachgedacht, Dessau zu verlassen?**

Nein, ich lebe gerne dort. Aber mit der letzten Kommunalwahl hat die AfD ein NPD-Mitglied in den Stadtrat geschickt und im Nachbarteil unserer Stadt Roßlau ist ein Rechtsextremer Ortsvorsteher geworden. Jetzt kommt es darauf an, wie sich die Bürger der Stadt damit auseinandersetzen.

**Vieles deutet darauf hin, dass Koalitionen mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht nötig werden, um die AfD zu verhindern. Frau Wagenknecht fordert dafür einen Kurswechsel in der Ukraine-Politik. Dürfen sich die Grünen darauf einlassen?**

Das Programm von Sahra Wagenknecht enthält viele Punkte, die äußerst problematisch sind, etwa ihre wirklich billigen Antworten auf den Krieg, auf den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft insgesamt. Eine Regierungsbildung unter Durchsetzung ihrer politischen Agenda wird nicht möglich sein. Das heißt, wenn Frau Wagenknecht mit demokratischen Parteien koalieren will, müsste sie relevante Teile ihres Programms ändern.

„Bereits meine Wahlkämpfe in den 90er Jahren waren

von Angriffen begleitet“, sagt Steffi Lemke.

**”Rechtsextremismus ist kein ostdeutsches Phänomen.” - Steffi Lemke**

#### **Zur Person**

**Steffi Lemke**, 56, ist **Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** und neben Klara Geywitz die einzige Ostdeutsche im Kabinett von Kanzler Olaf Scholz. 1968 wurde sie in Dessau geboren. Weil Sie wegen ihres Engagements in der Umweltbewegung nicht zum Abitur zugelassen wurde, machte sie eine Ausbildung zur Zootechnikerin, war aber anschließend von 1986 bis 1988 als Briefzustellerin tätig. Steffi Lemke gehörte 1989 zu den **Mitbegründern der Grünen Partei in der DDR**. Nach der Wende war sie Teil des Grünen-Landesvorstand in Sachsen-Anhalt, ehe sie 1994 erstmals in den Bundestag gewählt wurde. Später wechselte sie in die Geschäftsstelle der Grünen und war von 2002 bis 2013 Bundesgeschäftsführerin. In der vergangenen Legislaturperiode war Lemke Parlamentarische Geschäftsführerin.



n-tv.de | 23.08.2024 | Reichweite: 8.273.620

WEBLINK

## LÄSTIGE SUCHE NACH "ATOMKLO"

# “Unsere Endlager-Ansprüche sind deutlich höher als in Finnland”

*Deutschland hat 36 abgeschaltete und stillgelegte Atomreaktoren. Für den hoch radioaktiven Müll fehlt allerdings noch immer ein Endlager, niemand will "Atomklo" sein. Daran wird sich so bald nichts ändern: Allein die Suche nach einem passenden Standort wird mindestens bis 2074 dauern, schätzt das Freiburger Öko-Institut in einem neuen Gutachten für das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Im "Klima-Labor" von ntv erklärt Gutachterin Judith Krohn die jahrzehntelange Verzögerung: Das Lager wird ergebnisoffen in ganz Deutschland gesucht, "extrem viele" Daten und Gesteinsproben müssen erfasst und ausgewertet werden. Anders als in Gorleben darf auch die Öffentlichkeit bei der Auswahl mitreden - damit möglichst alle glücklich sind. Wäre es sinnvoller, den Müll im Ausland zu lagern?*

### ntv.de: Warum verzögert sich die Endlagersuche? Hatten wir mit Gorleben nicht längst eins?

**Judith Krohn:** Zum Teil. Gorleben wurde früh als möglicher Standort benannt, aber dann hat man festgestellt, dass der Salzstock nicht in die Kategorie der bestmöglichen Standorte gehört. Deswegen wurde ein neues Verfahren entwickelt. In diesem Verfahren soll auf einer leeren Landkarte in Gesamtdeutschland begonnen werden und dann auf wissenschaftlicher Basis ein möglichst guter Standort mit der bestmöglichen Sicherheit gefunden werden.

### Was war das Problem mit Gorleben?

Es gab starken Widerstand und auch wissenschaftliche Gründe. Mindestanforderungen wie die Tiefe für ein mögliches Endlager wurden erfüllt, auch das passende Wirtsgestein war vorhanden. Bei der genauen Überprüfung sind aber Zweifel an der geologischen Eignung aufgetreten.

### Widerstand aus der Bevölkerung ist auch bei den neuen Endlager-Kandidaten zu erwarten, oder?

Deswegen wird im neuen Auswahlverfahren die Öffentlichkeitsbeteiligung großgeschrieben. Diese wird von Anfang an einbezogen. Es besteht jederzeit die Möglichkeit, sich zu informieren, einzubringen und mitzureden. Das ist ein transparenter Prozess, damit wir gemeinsam zu einem Ergebnis mit hoher Zustim-

mung kommen.

**Wehrt sich in solchen Fällen nicht immer irgendwer? In Ihrem Gutachten heißt es, unter "idealen Bedingungen" sei "frühestens 2074" mit einer Entscheidung zu rechnen. Das klingt so, als wüssten Sie schon heute, dass sich die Suche erneut verzögern wird.**

Im Standortauswahlgesetz wird als Zielmarke für die Entscheidung 2031 genannt. In das Verfahren werden aber sehr viele Akteure einbezogen, einzelne Schritte sind zeitlich voneinander abhängig. Das hat vor uns niemand untersucht. Uns war früh klar, dass 2031 nicht zu halten sein wird. Das liegt nicht allein an der Öffentlichkeitsbeteiligung, sondern auch am Ziel: Wir suchen einen Standort mit der bestmöglichen Sicherheit für eine Million Jahre, und zwar in einem ergebnisoffenen Prozess. Dafür sind viele Untersuchungen notwendig. Noch befinden wir uns in der ersten von drei Auswahlphasen.

### Wie genau sieht die aus?

In der ersten Phase werden alle Daten, die jemals im Untergrund erhoben wurden, gesammelt, aufbereitet, zusammengetragen und ausgewertet. Jede Bohrung, die in Deutschland gemacht wurde, egal von wem. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) nimmt diese Daten auf und legt bis 2027 fest, welche Teilgebiete über das richtige Wirtsgestein verfügen und mögli-

cherweise als Standort infrage kommen. Diese werden dann auf ihre Eignung untersucht.

**Das sind Gebiete mit einem Gestein, das radioaktive Strahlung theoretisch für eine Million Jahre verkraften könnte? Dort muss man sich keine Sorgen machen, dass nach 20.000 Jahren plötzlich ein Leck auftritt?**

Ja. Wir müssen einen Bereich finden, der die schädlichen Auswirkungen des radioaktiven Abfalls im Untergrund halten kann. Aber die Daten sind natürlich nicht überall vorhanden und wurden auch nicht für mögliche Endlager erhoben. Teilweise fehlen also Informationen. In solchen Fällen müssen Erkundungen vorgenommen werden. Das passiert in den Phasen zwei und drei: Erst wird das Gestein mit einfacheren Mitteln untersucht. In Phase drei wird ein Bergwerk aufgefahren, also eine Grube gegraben. Es wird auch diskutiert, ob man stattdessen mit Bohrungen arbeiten kann.

**Und diese erste Phase, in der Daten gesammelt und ausgewertet werden, dauert im Idealfall nur bis 2027?**

Genau. Die BGE hat bereits einen Zwischenbericht dazu herausgegeben. Die 90 Teilgebiete werden nun genauer untersucht.

**Nicht gerade wenig.**

Nein (lacht). Deswegen dauert es auch so lange. Aus den teilweise sehr großen, teilweise auch kleinteiligen Gebieten müssen extrem viele Daten verarbeitet und ausgewertet werden, um eine hoffentlich kleine Anzahl an Standortregionen für die Erkundung der zweiten Phase festzulegen. Die BGE schließt sukzessive Gebiete aus, die sich dafür eher nicht eignen.

**Man geht nach dem Ausschlussverfahren vor, bis irgendwann nur noch ein Name übrig bleibt?**

Bei dieser Sicherheitsuntersuchung schließt man Gebiete aus. Es wird am Schluss aber auch eine Art Ranking der am besten geeigneten Standorte geben. Mit denen beschäftigt man sich im weiteren Verfahren.

**Ziehen denn dieses Mal alle Bundesländer mit? Die CSU hat in Bayern jahrelang die Position vertreten: Atomenergie nehmen wir gerne, das Endlager wird aber bitte woanders gebaut.**

Derzeit gibt es keine Einschränkungen, ein Großteil des Bundesgebiets ist im Rennen. Daher fallen die Reaktionen aus den Bundesländern bisher verhalten aus. Ob es so bleibt, wird sich zeigen, wenn klar ist, welche Gebiete in die Erkundungsphase gehen. Aber

es kann sich kein Bundesland querstellen, weil für dieses Verfahren ein Gesetz erlassen wurde. Darin ist genau festgelegt, wie man zu diesem Standort kommt.

**Und wenn das eigene Bundesland ausgewählt wird, muss man da eben durch?**

Ja.

**Bis es so weit ist, vergehen noch ein paar Jahrzehnte. Die deutschen Atomkraftwerke sind aber schon jetzt abgeschaltet oder stillgelegt. Wo wird der ganze Atommüll eigentlich derzeit gelagert?**

In Zwischenlagern. Ein großer Teil befindet sich an den AKW-Standorten, vereinzelt gibt es auch zentrale Zwischenlager.

**Was spricht dagegen, die Brennstäbe einfach dort zu lassen?**

Die Brennstäbe oberirdisch in Zwischenlagern zu lassen, ist zu gefährlich. Wir reden über große Zeiträume, in denen sie immer noch strahlen und abklingen müssen. Niemand weiß, was in den nächsten eine Million Jahren politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich passiert. Man muss sich nur den Ukraine-Konflikt anschauen, um festzustellen, wie schnell etwas schiefgehen kann. Und wie der Name sagt: Die Zwischenlager sind zur Zwischenlagerung gedacht.

**Aber werden die Zwischenlager nicht gerade de facto zu Endlagern? Aktuell haben wir keines, so lange bleibt der Atommüll dort liegen - länger und länger. Und ob wir den Zeitplan dieses Mal einhalten, weiß auch niemand. "Frühestens 2074 unter idealen Bedingungen", heißt es in Ihrem Gutachten.**

Zu Endlagern werden sie nur dann, wenn das Verfahren selbst scheitert. Aber das kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, eine Lösung für diesen Müll zu finden und ihn nicht den nächsten Generationen zu übertragen.

**Das machen wir in Deutschland aber relativ oft: Probleme werden den nächsten Generationen übertragen.**

Das stimmt. Aber mit diesem Standortauswahlverfahren haben wir erstmals ein Verfahren entwickelt, das das Potenzial hat, zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. Letzten Endes bleibt uns auch keine Alternative.

**Besteht nicht die Möglichkeit, den Müll ins Ausland zu bringen? Finnland hat vor wenigen Jahren das weltweit erste Endlager gebaut. Dort wird**

**immer wieder mit dem Gedanken gespielt, ausländischen Atommüll ebenfalls aufzunehmen - für sehr viel Geld natürlich.**

Das ist keine sinnvolle Option. Es liegt in unserer Verantwortung, ein Endlager zu finden. Es spricht alles dafür, dass das in Deutschland möglich ist. Unsere Ansprüche sind auch deutlich höher als in Finnland: Eine Voraussetzung ist zum Beispiel, dass der Müll rückholbar sein muss, falls etwas passiert. Es gibt keinen ver-

nünftigen Grund, den Atommüll in andere Länder zu bringen, wenn in Deutschland ein Standort mit bestmöglicher Sicherheit für eine Million Jahre gefunden werden kann.

*Mit Judith Krohn sprach Christian Herrmann. Das Gespräch wurde zur besseren Verständlichkeit gekürzt und geglättet. Das komplette Gespräch können Sie sich im Podcast "Klima-Labor" anhören.*



**Bildunterschrift:** Derzeit befindet sich der deutsche Atommüll in Zwischenlagern - und wird dort auch noch Jahrzehnte bleiben.